



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Umsturzvorlage und der Reichstag

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Umsturzvorlage und der Reichstag



Die sechstägigen Verhandlungen des Reichstags über den Gesetzesentwurf betreffend Änderung und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzbuchs und des Gesetzes über die Presse haben sich im allgemeinen auf der Höhe gehalten, die dem Ernste der zur Entscheidung stehenden Fragen entsprach. Zwar sind die gewichtigen Gründe, die unter den heutigen Verhältnissen Deutschlands einen gewaltsamen Eingriff in die politische Entwicklung des vierten Standes aufs dringendste widerraten, verhältnismäßig kurz berührt worden. Auch diesmal nahm das Aufrollen der gegenseitigen Sündenregister einen ungebührlich breiten Raum in den Debatten ein. Dafür sind aber, und das ist zunächst die Hauptsache, die einzelnen vorgeschlagenen Bestimmungen des Entwurfs von den verschiedensten Rednern so grausam zerpfückt worden, daß eine Mehrzahl der Paragraphen nur als unschöne Leichen, die übrigen als schwere, durch Amputationen und Radikalkuren kaum noch zu rettende Kranke in die Kommission getragen worden sind. Die Reichsregierung hat sich denn auch alsbald zu der Erklärung genötigt gesehen, daß sie dort zu „Verbesserungen“ des Gesetzes gern die Hand bieten werde.

Ein wichtiges Ergebnis der Beratung ist die Übereinstimmung sämtlicher Parteien darüber, daß das Gesetz selbst in der vorgeschlagenen Fassung völlig ungenügend sein würde, die sozialdemokratische Bewegung zu unterdrücken oder auch nur wesentlich einzudämmen. Da dies gleichwohl, wie schließlich kaum noch bestritten wurde, die Absicht des Entwurfs ist, so ist er eigentlich auch in den Augen seiner Väter oder Stiefväter von vornherein ein totgebornes Kind und höchstens geeignet, für spätere strengere und vermeintlich wirksamere Gesetze den Weg zu ebnen. Mit dankenswerter Offenheit hat denn auch der Abgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg den Reichstag darüber aufgeklärt, daß ein Erfolg nur zu erreichen sein werde, wenn man den Anhängern der Sozialdemokratie — und zu diesen scheint er auch ganz allgemein die Lehrer der Volkswirtschaft an den deutschen Hochschulen, die in die Arbeiterbewegung eingetretenen evangelischen Geistlichen und überhaupt die sogenannten Sozialgebildeten zu rechnen — das Wahlrecht wie die Wählbarkeit entziehe und die Führer in die Verbannung schicke. Der Umsturz der Reichsverfassung ist in der That kein übler Anfang

zur Bekämpfung des Umsturzes! Die konservative Partei verschließt sich wenigstens nicht der Erkenntnis, daß die Unterdrückung der Umsturzbestrebungen, wenn sie wirken sollte, mit einem kräftigen Vorwärtsschreiten auf der Bahn sozialer Reformen Hand in Hand gehen müsse. In der That verkündet soeben der Reichsanzeiger, daß die dem Bundesrate vorbehaltenen Ausführungsbestimmungen betreffend die Sonntagsruhe in der Industrie bereits am 1. April 1895, also genau drei Jahre und neun Monate nach Erlaß des Gesetzes, wirklich in Kraft treten sollen! Die nationalliberale Partei scheint uns doch einigermaßen stutzig geworden zu sein, ob denn wirklich ein beträchtlicher Teil der allgemeinen bürgerlichen Freiheit, an deren Ausbau sie einst hervorragend mitgewirkt hat, darüber hinaus aber, wenn Rom wieder in Deutschland mächtig werden sollte, auch die Denk- und Gewissensfreiheit dem plötzlich hervorgezauberten Revolutionsgespenst zum Opfer gebracht werden soll. Die übrigen bürgerlichen Parteien — und wir bedauern, uns dabei völlig auf ihre Seite stellen zu müssen — erwarten von der Vorlage, selbst wenn sie in abgeschwächter Gestalt Gesetz werden sollte, lediglich eine Unterbrechung des Gesundungsprozesses, der innerhalb der Sozialdemokratie, wenn auch in schüchternen Anfängen, doch begonnen hatte, eine Verschärfung der unseligen Klassegegensätze bis zur Hoffnungslosigkeit, einen weiteren Rückgang des schon stark erschütterten Vertrauens auf die Unparteilichkeit der Behörden und Gerichte, wie er beim Überhandnehmen politischer Prozesse trotz loyalster Gesetzesanwendung unausbleiblich ist, endlich eine gefahrdrohende Schwächung des Reichs inmitten lauernder Feinde und unzuverlässiger Bundesgenossen. Diesen sichern Einbußen steht die Wahrscheinlichkeit, um nicht zu sagen Gewißheit gegenüber, daß die Sozialdemokratie aus der von neuem und ohne sichtbaren Anlaß über sie hereinbrechenden Verfolgung eine neue gewaltige Steigerung ihres Solidaritätsgefühls schöpfen wird, die sie befähigt, der neuerrichteten Schranken für die öffentliche Meinungsäußerung zu spotten und sie, selbst wenn sie an Zahl zurückgehen sollte, zur unversöhnlichen Feindin des Staates und der Gesellschaft machen würde.

Wie unter solchen Umständen die Kommissionsberatung zu einem Ergebnis führen soll, kann man sich schwer vorstellen. Nicht eine einzige der im Reichstage vertretenen Parteien ist imstande gewesen, die Tendenz der neuen Vorlage grundsätzlich und vorbehaltlos gut zu heißen. Über die Vorfrage, ob die geplanten schärfern Maßregeln nicht besser und — ehrlicher in ein Ausnahmegesetz gehören, bestehen, wie die Verhandlungen gezeigt haben, selbst unter den sogenannten Freunden der Vorlage ernste Meinungsverschiedenheiten. Laue Freunde und entschiedne Gegner des Entwurfs werden sich voraussichtlich auch bei den ferneren Beratungen die Wage halten. Wir halten es deshalb für verlorne Liebesmühe, wenn sich die Kommission ernstlich angelegen sein lassen wollte, dem einen oder dem andern der vorgelegten Para-

graphen einen unbedenklichen Inhalt zu geben. Wir haben von vornherein nicht bestritten, daß zwei oder drei von ihnen den, wenn auch stark verhüllten und maßlos übertriebenen Ansat eines richtigen gesetzgeberischen Gedankens enthalten. Allein diese Gedanken herauszuschälen und ihnen eine brauchbare Form zu geben, kann nicht Sache des Reichstags sein. Er mag eine gewisse moralische Verpflichtung hierzu haben, wenn eine Regierungsvorlage wenigstens die grundsätzliche Zustimmung der Volksvertretung bereits gefunden hat, vielleicht auf ihre eigne Anregung erst ausgearbeitet worden war. Aber selbst dann bleibt diese Mitwirkung ein heikles Ding. Nicht wenige unsrer Gesetze tragen die Spuren ungenügend überlegter, oft erst in der letzten Stunde durchgedrückter Kompromisse, deren schädliche Tragweite erst später bei der Anwendung des Gesetzes hervorgetreten ist. Dieser Übelstand wird zu einer schweren Gefahr für die Nation, wenn es sich um politische Strafgesetze handelt, deren Wichtigkeit hinter den Verfassungsbestimmungen selbst nicht zurücksteht.

Wir hoffen deshalb nach wie vor, und wir werden durch den Gesamteindruck der ersten Lesung in dieser Hoffnung bestärkt, daß der Reichstag die Umsturzvorlage schließlich mit einem runden Nein zurückweisen werde. Hat doch auch der andre Faktor der Gesetzgebung, der Bundesrat, von diesem runden Nein dem Reichstage gegenüber oft genug Gebrauch gemacht, so z. B. in der seit 1870 vom Reichstag immer dringender geforderten Reform des Militärstrafgerichtsverfahrens. Der Reichstag dürfte um so weniger Veranlassung haben, gerade zu einer Umgestaltung der verunglückten Vorlage die Hand zu bieten, wenn er sich der Geschichte ihrer Entstehung erinnert. Wie man sich auch in den letzten Wochen abgemüht hat, ihre Notwendigkeit zu beweisen, gewiß ist, daß noch bis in den Sommer 1894 hinein keine zehn Menschen in Deutschland an diese Notwendigkeit gedacht haben. Auch der früheste und lauteste Rufer im Streit, der grimme Freiherr von Stumm, sang in der ihm nahestehenden Presse monatelang seine Rachearien allein, ohne Chor und Orchester, untermischt nur mit einem gelegentlichen Klagelied über die Vertrauenslosigkeit des deutschen Philisters, dem es vor dem ringsum drohenden Umsturz so gar nicht gruselig werden wollte. Wenn die Reichsregierung schließlich dieser einzelnen Stimme gefolgt ist und nun die Entdeckung macht, daß ihre Vorlage, so wie sie eingebracht ist, weder im Volke noch im Reichstage Zustimmung findet, so ist es nicht zuviel verlangt, daß sie selbst auch die neuen Vorschläge formulire, zu denen sie hoffen kann, künftig etwa eine Mehrheit im Reichstage zu finden.

Allem Vermuten nach wird sich die Regierung hierzu nicht entschließen, sondern es eher auf die Auflösung und Neuwahl des Reichstags ankommen lassen. Wir würden das aufrichtig willkommen heißen. Es ist in der That dringend notwendig, zur Klarheit darüber zu kommen, wie sich denn eigentlich die Gesamtheit des deutschen Volkes in einer für die ganze Zukunft der

Nation so bedeutungsvollen Frage entscheiden will. Wir haben ja guten Grund, zu glauben, daß die auch von uns vertretne Auffassung darüber, wie sich der Staat und die bürgerliche Gesellschaft zu den arbeitenden Klassen stellen sollen, innerhalb der letzten Jahre die große Mehrheit der bürgerlichen Kreise mehr und mehr durchdrungen hat, ja daß sie dort, wo man den großen sozialen Problemen überhaupt ernste Aufmerksamkeit widmet, die herrschende geworden ist. Ein ausgezeichnete Gewährsmann ist uns hierfür wiederum der Freiherr von Stumm, der auch im Reichstage das Überhandnehmen eben dieser Anschauungen unter den gebildeten, namentlich den akademisch gebildeten Klassen, so beweglich beklagt hat. Immerhin können wir uns in dieser Annahme täuschen, nur eine Reichstagswahl unter dem Zeichen der Umsturzvorlage könnte darüber Gewißheit schaffen. Auch der Streit mit Worten fruchtet nichts mehr, die scharfsinnigsten Gründe, die reichhaltigsten Materialiensammlungen, mit denen uns auch die Reichstagsverhandlungen wieder überschüttet haben, machen weder hüben noch drüben jemand mehr in der einmal gewonnenen Auffassung wankend. Es kann auch nicht wohl anders sein, da in der ganzen Frage doch nicht die verstandesmäßigen Erwägungen, sondern die Gemütsanlage des Einzelnen, das Vorherrschen optimistischer oder pessimistischer Neigungen und das Gewissen den Ausschlag dafür geben, was jeder für recht und gut, dem Wohle des Vaterlandes für erspriesslich hält.

Entscheidet sich das deutsche Volk in seiner Mehrheit für den neuen Versuch einer gewalttätigen Unterdrückung politischer Gegner und zögert es nicht, zu diesem Zwecke auch einen wesentlichen Teil der allgemeinen bürgerlichen Freiheit daranzugeben, so werden wir zwar diesen Entschluß als den ersten Schritt zu einer Katastrophe bedauern, aber doch als Deutsche die Folgen willig mit auf uns zu nehmen haben. Wir leben jedoch der Zuversicht, das deutsche Volk werde sich mit überwältigender Mehrheit dahin aussprechen, daß die in den Verfassungen und den Gesetzen verbrieften Rechte auch künftig ohne Unterschied der Gesinnung jedem Volksgenossen gegenüber geachtet werden sollen, „selber auf die Gefahr hin, daß ein geringerer Grad der einförmigen Ruhe und Stille erfolge, und daß das Regieren ein wenig schwerer und mühsamer werde,“ daß die Nation erklären werde, auch mit den arbeitenden Klassen als Deutsche mit Deutschen in Frieden leben zu wollen, so lange diese ihr nicht durch offene Auflehnung die Waffe zur Verteidigung des Bestehenden in die Hand zwingen. Dem deutschen Volke sind, auch abgesehen von der sozialen Frage, von der Vorsehung so große Aufgaben gestellt, daß es nicht rasch genug die Bahn frei bekommen kann, um für die Vervollkommnung der innern Wohlfahrt aller seiner Stände und für die Aufrechterhaltung seiner Stellung im Rate der Völker die ganze Kraft der Nation einsetzen zu können. Fällt die Entscheidung des Volkes dahin aus, daß es

von neuen Zwangsgesetzen nichts wissen will, so muß sie auch von den Regierenden beherzigt werden. Das Gegenteil wäre nur durch einen Bruch der Verfassung möglich. Wir werden niemals deutsche Fürsten dessen für fähig halten.



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Die erste Schlacht. In der sechstägigen Schlacht, mit der die Reichstags-sitzung eröffnet worden ist, war das Gesecht des 9. Januar am interessantesten. Der Freiherr von Stumm ist ein vornehmer Mann im besten Sinne des Wortes, ein Gesellschafter von bezaubernder Liebenswürdigkeit und ein Vater der zahlreichen Arbeiter seiner großartigen, vortrefflich geleiteten Werke. Leute von solcher Vollkommenheit müssen sich zur Aufrechterhaltung des seelischen Gleichgewichts ab und zu ein wenig blutdürstig geberden, und dem rheinischen Eisenkönig giebt sein aufrichtiger Haß gegen die Sozialdemokraten dazu die Gelegenheit; diese Gelegenheit hat er denn an dem genannten Tage mit Wollust ausgenutzt. Nichts ist leichter begreiflich als der Standpunkt, von dem aus er den Sozialistenvertilgungsplan entworfen hat, den er vor den staunenden Zuhörern entwickelte. Er ist ein wohlwollender, intelligenter Unternehmer und so reich, daß er es wirklich nicht nötig hat, zu knausern. Seine Arbeiter habens also gut samt Kindern und Kindeskindern, was um so leichter zu erreichen ist, als er auch dafür sorgt, daß sie nicht zu früh Kinder bekommen. Ein solches selbstleuchtendes Gestirn sieht alle Dinge in seinem eignen Licht. Herr von Stumm betrachtet sich als den Typus der Unternehmer, was er um so eher kann, als er gesellschaftlich nur mit solchen Herren verkehrt, die ebenfalls Unternehmer größten Stils sind. Sich gegenüber stellt er die sozialdemokratische Genossenschaftsbäckerei, von der er gehört hat, daß ihre Arbeiter erbärmlich bezahlt werden, und so kommt er denn notwendigerweise zu dem Schluß: wir Unternehmer sind die wahren Freunde der Arbeiter und schaffen ihnen, soweit es möglich ist, den Himmel auf Erden, die Sozialdemokratie aber ist eine Pest, zunächst für die Arbeiter, und muß durch eine Radikalkur ausgetrieben werden aus dem deutschen Volkskörper. In Wirklichkeit kommen auf ein Unternehmen, wo es die Arbeiter so gut haben wie in Neunkirchen, mindestens hundert Fabriken, Gruben und Werkstätten, wo sie es schlecht haben, teilweise noch schlechter als in der sozialdemokratischen Bäckerei, dann giebt es hunderttausende, denen es leidlich geht, solange sie voll beschäftigt sind, die aber zeitweilig nur halbe Schicht und ein paar Monate im Jahre gar keine Arbeit haben, und endlich giebt es etliche hunderttausend, die jenseits der Möglichkeit angelangt sind, noch einmal Arbeit zu bekommen. Das weiß ein Mann wie der Freiherr von Stumm nicht; das darf er nicht wissen, und keine Gewalt der Erde wird ihn dahin bringen, einmal eine Forschungsreise durch die Gegenden des Vaterlands, durch die Stadtviertel, Hinterhäuser und Werkstätten zu machen, die außerhalb seiner Photosphäre liegen, denn hätte er es, so verlore er die Krone seines Glücks, das Bewußtsein, daß er ein Beglückter seines Volkes ist, eine Grundsäule des Staatsgebäudes, in dessen wohn-